



**Position der
CDU-Fraktion zum Thüringer
Landeshaushalt 2023**

1. Ramelow-Regierung lebt über ihre Verhältnisse

Seit Regierungsantritt hat die Ramelow-Regierung jedes Jahr mehr Geld verplant, als sie eingenommen hat. Trotz stetig steigender Steuereinnahmen in ungeahnter Höhe hat sie es in keinem Jahr geschafft, die eigenen Ausgabewünsche aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Bezogen auf die Einwohnerzahl leistet sich Thüringen weit überdurchschnittlich hohe Staatsausgaben, deutlich vor Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Statt strategische Politikziele für eine zukunftsgerechte Aufstellung des Landes zu verfolgen und die Haushalte konsequent daran auszurichten, wurden Ressortegoismen und Streitigkeiten zwischen den drei Koalitionsparteien mit Geld aus den Rücklagen des Landes überdeckt.

Von Anfang an bediente sich die Ramelow-Regierung aus der Spargbüchse des Landes, um ihre Spielwiesen zu bedienen. Das Ergebnis für Thüringen ist dramatisch: Während Landeshaushalt und Staatsapparat aufgebläht wurden, wurde die Rücklage zur Finanzierung rot-rot-grüner Wunschträume immer weiter aufgebraucht. Damit hat die Ramelow-Regierung das Land anfällig für Krisen gemacht. Das Grundprinzip der Rücklage wurde missachtet. In Jahren hoher Steuereinnahmen wurde sie ausgebeutet und stand in der Corona-Krise nicht zur Verfügung. Dadurch stieg die notwendige Neuverschuldung auf eine unnötige Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Die Ramelow-Regierung hat sich damit als nicht fähig erwiesen, als es darum ging, das Land auf Krisensituationen vorzubereiten und als handlungsunfähig, als es galt, auf die Krise zu reagieren.

Jedes Jahr erneut zerrieb sich die rot-rot-grüne Landesregierung bei der Haushaltsaufstellung, löste vorhandene Rücklagen auf und gewährte dem Landtag keinerlei politische Spielräume, um dann zum Jahresende festzustellen, dass die Ausgabeerwartungen sich abermals nicht erfüllt haben. Falsche Planung und inkonsequenter Haushaltsvollzug führten dazu, dass allein im letzten Jahr 624 Mio. Euro übrig blieben. Jedes Jahr gehen dem Land somit Mittel und Zeit für Zukunftsinvestitionen verloren. Das ist eine Haushaltspolitik der verpassten Chancen, zulasten des Landes und seiner Menschen. Im Haushaltsvollzug 2022 könnten sich diese Überplanungen auf bis zu eine Milliarde Euro belaufen.

Auch im vorgelegten Haushaltsentwurf für 2023 übersteigen die geplanten Ausgaben die Einnahmen bei Weitem. Der Haushaltsausgleich soll erneut durch den Griff in die Rücklage gelingen. Bei diesem rot-rot-grünen „Weiter-So“ ist jetzt schon erkennbar, dass die Rücklage spätestens 2025 aufgezehrt sein wird. Kommende Haushalte wären dann nur mit neuen Schulden überhaupt auszugleichen. Eine solche Haushaltspolitik macht Thüringen nicht krisenfest. Im Gegenteil: Eine solche Politik macht Thüringen anfällig für Krisen, denn Sie zerstört die Potentiale, die zur Krisenbewältigung notwendig sind. Das schwächt unsere Wirtschaft und geht zu Lasten aller Thüringerinnen und Thüringer.

2. Rot-Rot-Grün und die verschwendete Milliarde

Um ideologische Wunschträume zu erfüllen und die Koalition zu befrieden, wurde das Haushaltsvolumen immer weiter aufgebläht. Auch der Entwurf zum Haushalt 2023 ist mit 12,8 Milliarden gegenüber 2022 massiv angewachsen. Obwohl das jährliche Ausgabevolumen immer neue Rekordwerte erreichte, gelang es der rot-rot-grünen Landesregierung nicht, die drängendsten Herausforderungen, vor denen unser Land steht, anzugehen. Hierzu gehören vor allem die strukturelle Benachteiligung des ländlichen Raums, die Bewältigung des demografischen Wandels sowie der wachsende Abstand der Wirtschaftsleistung zu den Westländern und der Rückstau bei investiven Vorhaben. Acht Jahre Ramelow-Regierung sind geprägt von einer Politik falscher Prioritätensetzung. Dem Ministerpräsidenten fehlt die Durchsetzungskraft, den Aufwuchs der Spielwiesen seines Kabinetts zu begrenzen.

Dem Haushaltsentwurf 2023 fehlt es an Antworten auf die zentralen Herausforderungen Thüringens: Er enthält keine Antworten auf die Strukturprobleme des ländlichen Raums, die Folgen des demografischen Wandels, die schleppende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und die zunehmenden Missstände im Bildungsbereich sowie den Sanierungs- und Investitionsstau. Vor allem aber enthält er keine Antworten auf die drängenden Fragen der Energiekrise und Inflation, die den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze bedrohen und viele Menschen bis tief in die Mittelschicht hinein vor existenzielle Probleme stellen. Stattdessen ist der Haushalt 2023 um eine Milliarde angewachsen. Wir sagen: es ist eine verschwendete Milliarde, denn es werden die falschen Prioritäten gesetzt.

Der vorgelegte Entwurf zeigt einmal mehr, dass die Ramelow-Regierung nicht mit Geld umgehen kann. Auch 2023 soll es wieder mehr Personal geben. Dabei ist Thüringen beim Einsatz von Landespersonal schon heute extrem ineffizient. Lediglich das Saarland beschäftigt noch mehr Personal pro Einwohner als Thüringen. Gleichzeitig fehlt es an Lehrern und Polizisten, denn auch beim Personal werden die falschen Schwerpunkte gesetzt. Mit zu viel Personal und Ausgaben für die Administration von unnötigen bürokratischen Prozessen, die Kontrolle und Gängelung von Wirtschaft und Bürgern und die Bedienung linker Interessengruppen werden die Zukunftschancen des Landes verschleudert. Das Geld fließt in den Staatskonsum statt in Investitionen. Um in Zukunft nur das Geld auszugeben, was dem Land wirklich zur Verfügung steht, braucht es eine Finanz- und Politikwende in Thüringen. Nur so können Antworten auf die zentralen Herausforderungen gegeben werden.

3. Energiekrise und Inflation als zentrale Aufgaben angehen

Aktuell werden die Menschen mit immer weiter steigenden Verbraucherpreisen und den Folgen der höchsten Inflation seit über 30 Jahren belastet. Gerade die dramatischen Preissteigerungen bei Energie haben ein kaum noch tragbares Maß erreicht. Die Kosten für Wärme, Strom und selbst Lebensmittel drohen zur sozialen Krise zu werden. Viele Menschen aus der hart arbeitenden Mittelschicht, Familien und Rentner haben mit Blick auf den bevorstehenden Herbst und Winter existentielle Sorgen.

Langfristig liegt die Lösung unstrittig in der Erhöhung der Eigenproduktion im Energiebereich. Dazu hat die CDU-Fraktion bereits im Juli einen Energie-Plan für Thüringen vorgelegt. Unser Ansatz ist es, alle zur Verfügung stehenden Energieträger zu nutzen und Energiesicherung für Thüringen technologieoffen und ganzheitlich von der Erzeugung über den Transport bis hin zur Speicherung zu denken und umzusetzen. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung verfehlt dieses Ziel. Mit ideologischen Scheuklappen verengt die Landesregierung weiter einseitig die Zielstellungen und ignoriert die Bedeutung von grundlastfähigen Energieformen und die Chancen dezentraler Lösungen. Gleichzeitig versäumt sie es, mit gutem Beispiel bei der Energieerzeugung und -einsparung voranzugehen.

Kurzfristig braucht es Antworten, um auf die existentiellen Sorgen der Menschen aufgrund immer weiter steigender Energiepreise zu reagieren. Hier kann sich Thüringen nicht allein auf den Bund verlassen, zumal sich auch hier die Ampel-Koalition gegenseitig blockiert. Fehlen bundespolitische Maßnahmen oder verfehlen diese das Ziel, müssen sie durch thüringengerechte Lösungen ergänzt werden. Auch diesem Anspruch wird der vorgelegte Entwurf des Landeshaushalts nicht gerecht, denn er enthält keinerlei Ansätze zur Unterstützung der Bürger. Das ist unverantwortlich und zeigt einmal mehr, wie kraft- und ideenlos die Ramelow-Regierung in der Krise agiert. Die CDU-Fraktion steht für eine Politik der Entlastung für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Mittelstand. Statt der „Weiter-So“ Politik von Rot-Rot-Grün fordern wir, dass der Haushalt unnötigen Ballast abwirft und sich stattdessen konsequent auf die Herausforderungen ausrichtet.

Zentrales Element dazu ist die Einrichtung eines Thüringer Energiesicherungsfonds. Mit dessen Hilfe soll ein Schutzschirm für alle kommunalen Energieversorger gespannt werden. Durch Bürgschaften und wo nötig Liquiditätshilfen sollen diese in die Lage versetzt werden, die Energieversorgung für alle Thüringer Haushalte und Unternehmen sicherzustellen und die Preisspirale zu dämpfen. Wir gehen damit ganz bewusst den Weg der Staatshilfen, statt wie bei der Gasumlage die Last der Sicherung der Energieunternehmen bei den Kunden abzuladen. Außerdem soll der Fonds Mittel bereithalten, um Stabilisierungszahlungen an Kommunen leisten zu können, falls diese aufgrund von Liquiditätsproblemen kommunaler Unternehmen in Haushaltsschief lagen geraten. Zusätzlich braucht es direkte Entlastungen für die Bürger, die über den Fonds zur Verfügung gestellt werden müssen. Hierzu fordern wir die Einführung einer Thüringer Grundwärmegarantie in Form eines Rabattes auf den Wärmegrundbedarf.

Gleichzeitig muss ein Hauptaugenmerk auf Zukunftsinvestitionen im Energiebereich liegen, um schneller unabhängiger von Energieimporten zu werden: Hier fordern wir die Entwicklung von Energieautobahnen als Bündelung von Verkehrs- und Energieadern des Freistaats. Weiter muss Thüringen bei Bioenergie und Geothermie in die Offensive gehen und die hier vorhandenen Potentiale heben. Auch bei der Nutzung der Sonnenenergie bleibt Thüringen hinter seinen Möglichkeiten. Neben der Förderung privater Anlagen der Bürger muss endlich auch das Land selbst das Potential seiner Liegenschaften nutzen und auch die Unternehmer dazu animieren, dies zu tun.

Die vorgenannten Forderungen können bundespolitische Entscheidungen nicht ersetzen, aber sie stellen eine dringend notwendige Ergänzung zu den weiterhin dringend notwendigen Maßnahmen des Bundes dar, welche sind:

- Nichteinführung der ab Oktober geplanten Gasumlage,
- Senkung der Mehrwertsteuer für Energieprodukte auf 7 %,
- Weiterentwicklung der Pendlerpauschale zu einem echten einkommens-unabhängigen Wegegeld,
- Auszahlung eines steuerfreien Energiegeldes für alle, also auch für Rentner, Studierende und andere bisher vergessenen Gruppen,
- Bereitstellung von Bürgerschafts- und Liquiditätshilfeprogrammen für Mittelstand und Handwerk.